

1.01 INTERNATIONALE ARBEIT DER GEW STÄRKEN

Die GEW bekräftigt den Beschluss 1.06 „Internationale Solidarität und Zusammenarbeit stärken – gerade jetzt!“ des Gewerkschaftstags 2022 als Leitlinie des internationalen und europäischen Engagements der GEW. Der Gewerkschaftstag der GEW bekräftigt die grundlegenden Betätigungsfelder für die internationale Arbeit der GEW. Dazu gehören insbesondere:

- die Unterstützung der Arbeit von Education International (EI) und des European Trade Union Committee for Education (ETUCE),
- die Stärkung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit,
- der Einsatz für die Demokratie, für Menschen- und Gewerkschaftsrechte,
- das Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und für historische Verantwortung der GEW,
- die Stärkung des friedenspolitischen Engagements,
- die Solidaritätsarbeit bei Verfolgung und Flucht aufgrund gewerkschaftlicher Aktivitäten und in Krisensituationen,
- die kritisch-konstruktive Beteiligung an supranationalen Dialogen,
- das europaweite solidarische Handeln im Sinne einer Stärkung der sozialen Dimension von Europäischer Union und Bologna-Prozess,
- die Arbeit für die Gleichstellung der Geschlechter und die Verhinderung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts sowie weiterer Merkmale,
- der Einsatz für die UN-Nachhaltigkeitsziele, für das Recht auf gute öffentliche Bildung weltweit und gegen Kinderarbeit.

Zusätzlich zu diesem Engagement werden folgende Ansätze im Bereich der internationalen Arbeit verfolgt:

Gewerkschaftliche Arbeit in Krisen- und Kriegszeiten

Kriegerische Auseinandersetzungen nehmen weltweit zu. Sie haben verheerende Auswirkungen für die Zivilbevölkerung, für das Leben und die Sicherheit von Lehrkräften, anderen im Bildungsbereich Beschäftigten, Schüler*innen, Kitakindern und Studierenden sowie auf die Bildung. Die GEW befürwortet grundsätzlich diplomatische Initiativen, die auf eine Stärkung der humanitären Hilfe zielen und zu einer friedlichen Lösung von Konflikten beitragen. Das humanitäre Völkerrecht ist einzuhalten. Bildungseinrichtungen müssen auch in Kriegszeiten sichere Orte sein. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aller Kriegsparteien müssen aufgeklärt und verfolgt werden.

Angesichts von Militarisierung und einer drohenden Aufrüstungsspirale fordern wir den Aufbau einer nachhaltigen globalen Sicherheitsstruktur unter dem Dach der Vereinten Nationen und neuer Initiativen für Abrüstung und Friedenssicherung. Alle Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern müssen verweigert werden, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden.

1.11 GEW – KONSEQUENT ANTIMILITARISTISCH

Die GEW positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Auch im Jahr 2025 haben Jugendoffizier*innen nichts in Schulen zu suchen und Rüstungsfirmen nicht an Hochschulen zu forschen. Der Gewerkschaftstag stellt fest: Militarismus und Korpsgeist stehen demokratischen Werten diametral entgegen. Die GEW setzt sich daher für die Stärkung und den Ausbau von Zivilklauseln an den Hochschulen ein, um ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen! Sie engagiert sich für ein Bildungswesen ohne Bundeswehr und ihre „Wertevermittlung“!

Die GEW wird weiterhin auf antimilitaristischen Aktionen Präsenz zeigen und sichert Bündnispartner*innen in diesem Bereich, zum Beispiel im „Unter 18 nie“-Bündnis, ihre Unterstützung zu. Außerdem sieht die GEW die Landesschüler*innenvertretungen als wichtige Bündnispartner*innen und Unterstützer*innen. Solange der Einsatz von Jugendoffizier*innen an Schulen stattfindet, fordert die GEW, dass er verbindlich an Friedensberatung gekoppelt wird. Der GWT regt den HV an, eine Broschüre zum praktischen Umgang mit Jugendoffizier*innen in Schulen zu erstellen. Darin soll sich grundsätzlich die Strategie niederschlagen, das Auftreten der Bundeswehr in Schulen und Bildungseinrichtungen zu verhindern, und, für den Fall, dass das nicht möglich ist, ihre Argumente möglichst gut zu kontern. Auch die Argumente der GEW für eine Zivilklausel und gegen Rüstungsunternehmen sollen sich dort wiederfinden.

Die GEW wird sich auch im DGB für einen konsequent antimilitaristischen Kurs einsetzen.



1.13 GEGEN WEHRPFLICHT

Die GEW setzt sich gegen eine weitere Militarisierung der Bildung und der Gesellschaft ein. Sie lehnt jede Form der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Wehrerfassung grundsätzlich ab und positioniert sich gegen sonstige verpflichtende Ersatzdienste. Die GEW beteiligt sich in diesem Sinne an Aktionen und Aktivitäten gegen die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und sucht die Mitarbeit in Bündnissen gegen die Wehrpflicht.



1.14 GEGEN NEUE MITTELSTRECKENRAKETEN – FÜR FRIEDENSPOLITISCHE INITIATIVEN

Die GEW unterstützt den „Berliner Appell – Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt“ – sowie den Aufruf „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ – Neue Kampagne für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen.

Die GEW ist der Auffassung, dass Friedenspolitik notwendig und möglich ist. Sie tritt für Dialog statt Aufrüstung ein: für die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und nukleare Abrüstung, z. B. für ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag sowie für neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit und die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa.

Die GEW wirbt in der Mitgliedschaft und unter den Beschäftigten der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen für diese Positionen. Sie vertritt sie in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Regierung und Parteien.

Die GEW tritt auf Bundes- und Länderebene für Aktivitäten ein, die den „Berliner Appell“ und den Aufruf „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ unterstützen.

In Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen regt die GEW Information und Meinungsbildung zur Kriegsgefahr und friedenspolitischen Aktivitäten an.

D03 DRINGLICHKEITSANTRAG: STATT FREIFAHRTSCHEIN FÜR DIE AUFRÜSTUNG – INVESTITIONSTAU IM BEREICH DER BILDUNGSINFRASTRUKTUR AUFLÖSEN

Im März 2025 haben Bundestag und Bundesrat die Artikel 109, 115 und 143h im Grundgesetz und damit wesentliche Punkte der Finanzverfassung novelliert.

Die GEW lehnt den Teil dieser Grundgesetzänderung ab, der dem Bund die Möglichkeit einräumt, die Ausgaben in Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, durch Kredite zu finanzieren. Dies befeuert die weltweite Rüstungsspirale und führt zu einer massiven Verschwendung von Ressourcen.

Die GEW fordert alle politischen Verantwortlichen auf, sich auf nationaler wie europäischer Ebene gegen die Spirale der Militarisierung unserer Gesellschaft einzusetzen. Ein weiteres Aufrüsten wird die bestehenden Kriege und Konflikte nicht auflösen, sondern noch verschärfen und gleichzeitig der Umwelt schaden. Erforderlich sind diplomatische Schritte, um einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern und bestehende Krisen zu lösen.

Die GEW bekräftigt ihre Position, die Schuldenbremse abzuschaffen und stattdessen zur so genannten „goldenen Regel“ zurückzukehren. Dies bedeutet, dass die Finanzierung staatlicher Investitionen in die öffentliche Infrastruktur auch wieder ohne formale Einschränkungen durch Kredite ermöglicht wird. Außerdem unterstützt die GEW das DGB-Steuerkonzept, dass eine deutliche Umverteilung durch angemessene Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und (Unternehmens-)Erbenschaften vorsieht, um auf dieser Basis den Personalschlüssel u. a. im Bildungsbereich verbessern zu können.

Als inhaltliche Schritte in die richtige Richtung begrüßt die GEW das im Grundgesetz verankerte Sondervermögen für Infrastruktur und die Möglichkeit, dass nun auch die Bundesländer wie der Bund einen gemeinsamen Verschuldungsspielraum von 0,35 Prozent erhalten haben. Hiervon bleibt die grundsätzliche Kritik der GEW an der Schuldenbremse unberührt.

Die GEW stellt sich gegen die Beschränkung von Finanzierungsmöglichkeiten zukünftiger Haushalte, da damit der demokratische Einfluss und auch die demokratische Kontrolle zukünftiger Parlamente beschnitten wird.

Die GEW kritisiert, dass das Sondervermögen für Infrastruktur zu klein ausfällt, und dass insbesondere Bundesländer und Kommunen mit 100 Milliarden Euro zu wenig Geld bekommen. Beide Gebietskörperschaftsebenen sind hauptsächlich für die Bildungsinfrastruktur verantwortlich. Mit den 100 Milliarden Euro für die Länder (und die Kommunen) aus dem Sondervermögen wird der Investitionstau dort nicht vollständig abgebaut werden können.

Die GEW fordert, den Bundesländern und den Kommunen Mittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen, um den geschilderten Investitionstau in Schulen, Hochschulen und Kitas in einem Zeitraum von 12 Jahren abzubauen. Darüber hinaus muss eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung von staatlichen Investitionen sichergestellt werden. Dies erfordert eine Rückkehr zur „Goldenen Regel“ und eine Steuerpolitik, die durch eine angemessene Besteuerung von hohen Einkommen und großen Vermögen die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand beendet.

Anderenfalls droht die Gefahr eines Sozialkahlschlags, da Merz und andere Vertreter*innen der künftigen Bundesregierung schon angekündigt haben, beim ärmeren Teil der Bevölkerung kürzen zu wollen. Die GEW stellt sich gegen jedwede Kürzungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Umwelt und Kultur und wird sich in diesem Sinne auch in die Bundes- und Landespolitik einbringen.



D04 DRINGLICHKEITSANTRAG: FRIEDEN SCHAFFEN, AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG STOPPEN

Die GEW widersetzt sich der Militarisierung von Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft und erhebt ihre Stimme gegen zerstörerisches Wettrüsten.

Einer grenzenlosen Aufrüstung der Bundeswehr erteilen wir ebenso eine Absage wie der massiven Erhöhung der Militärausgaben, der Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa.

Wir fordern eine ausschließlich zivile, nicht-militärische Nutzung des Sondervermögens Infrastruktur im Umfang von 500 Milliarden Euro. Dieses Geld muss für überfällige Investitionen in öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung und Wissenschaft eingesetzt werden.

Die Bundesregierung muss vor allem dafür sorgen, dass ausreichend Mittel für Konflikt- und Krisenprävention, für Entwicklungszusammenarbeit und die internationale Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen bereitstehen. Sie muss sich für eine Politik der Gewaltfreiheit und Kooperation einsetzen, aktiv diplomatische und zivile Konfliktlösungen vorantreiben und neue Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Rüstungsexportkontrollinitiativen verhandeln.

An den Schulen hat das Militär nichts verloren – die GEW bekräftigt ihre Ablehnung von Werbeversuchen der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Sie unterstützt weiterhin Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich mit Zivilklauseln auf eine ausschließlich zivile, nicht-militärische Forschung zu verpflichten.

Die GEW tritt für eine nachhaltige Stärkung der Friedenspädagogik an Schulen und allen anderen Bildungseinrichtungen ein, was einer Verankerung in der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte sowie in den Curricula bedarf.